Vertrag zur Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und CDU in Wedel

Mit dem Vertrag wird eine feste Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und CDU in der Ratsversammlung und den Ausschüssen mit einer stabilen Mehrheit eingegangen für die Dauer der Wahlperiode bis 2013. Ziel des Vertrages ist es, eine zukunftsfähige Politik für alle Wedeler BürgerInnen zu gestalten, die Entwicklung der Stadt nachhaltig zu fördern und die Lebensqualität für alle zu verbessern.

Das Wahlergebnis und insbesondere die sehr schlechte Wahlbeteiligung von weniger als 40% hat gezeigt, dass sich die BürgerInnen von der klassischen Politik immer mehr abwenden. Dem wollen wir gegensteuern durch gemeinsame Aktivierung der direkten Bürgerbeteiligung. Gerade unser Wahlergebnis im Bereich Liethfeld hat gezeigt, dass die BürgerInnen durchaus mitmachen wollen, wenn es sie betrifft.

Als Zielrichtung für das gemeinsame politische Handeln sind daher die aktivierende Bürgerbeteiligung, Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Haushaltssanierung und Wachsen in Qualität im Vertrag festgelegt.

Mit dem Vertrag gelingt es uns erstmals, aktiv an der Weiterentwicklung der Stadt in unserem Sinne mitzuarbeiten und nicht nur zu kritisieren. Wir kommen aus der Position der **Reagierer** in die Position der **Handelnden**.

in diesem Sinne haben wir als Schwerpunkte der gemeinsamen Politik für die nächsten fünf Jahre im Vertrag festgelegt:

- Aktivierung der direkten Bürgerbeteiligung z. B. durch Nutzung moderner Instrumente wie der Planungswerkstatt
- Attraktivitätssteigerung der Bahnhofstraße und des Rathausplatzes
- Verkehrsentlastung in Wedel, insbesondere in der Altstadt
- Stärkung des Elternwillens bei der Schulwahl für die Kinder
- Attraktivitätssteigerung der Stadt Wedel für Familien mit Kindern
- Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Wedel
- Nachhaltigkeit bei der Stadtentwicklung im Hinblick auf ein Wachstum mit Qualität gemäß dem Leitbild der Stadt Wedel
- Sicherung des strategischen Vermögens und der Einnahmen der Stadt Wedel
- Abwägen aller Investitionsvorhaben im Hinblick auf Nachhaltigkeit und langfristige Wirtschaftlichkeit (life cycle costs)

Dabei sind an vielen Stellen detaillierte Maßnahmen zur Zielerreichung für die kommenden 5 Jahre fixiert worden, wie die folgende Auswahl zeigt.

1. Die BürgerInnen können im Rahmen einer Planungswerkstatt als Planer in eigener Sache die Ausgestaltung der Nordumgehung erarbeiten. Das soll nicht mehr von Fachplanern vorgegeben werden, diese stehen nur beratend zur Seite. Erst dann wird auf der Basis dieses Ergebnisses die Planfeststellung eingeleitet.
2. Verkehrslenkende Maßnahmen in Verbindung mit der Schaffung von Parkmöglichkeiten am Rathaus und am Schulauer Markt sind zur Reduzierung des Individualverkehrs in der Bahnhofstraße vorgesehen. Damit sind wir auf dem Weg zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung in der Bahnhofstraße ohne Autoverkehr.
3. Die ÖPNV-Beschleunigung mit Beeinflussung der Ampelanlagen wird gemeinsam getragen, um so den Bereich Famila so schnell wie möglich an das Bussystem anzubinden. Gleiches gilt für die bessere Anbindung der Buslinie 289 in den Hauptverkehrszeiten an die S-Bahn, um den Übergang sicherzustellen. Es ist vorgesehen, noch in der Juli-Sitzung des Planungsausschusses die entsprechenden Anträge einzubringen.
4. Das Radwegekonzept soll weiter verfolgt werden. Es ist vorgesehen, noch im Herbst 2008 den Radverkehr in der Hübüschentwiete und der Spitzerdorfstraße entgegen der Einbahnstraße und die Radwege entlang der Rissener Straße in Gegenrichtung freizugeben.
5. Der Schulauer Hafen soll im Eigentum der Stadt gesichert werden. Das 7-stöckige Hafentorgebäude soll umgeplant werden mit der bisher vorgesehenen Bruttogeschossfläche bei einer Begrenzung der Höhe in der Größenordnung des ursprünglichen Entwurfs (4 Stockwerke).

6. In den geplanten Neubaugebieten sind maßvolle Grundstücksgrößen vorgesehen, um junge Familien dorthin zu ziehen. Dazu sollen auch Modelle zur Förderung des Eigentümererwerbs von städtischen Grundstücken geschaffen, wie z. B. reduzierte Grundstückskaufpreise oder zeitlich begrenzte Stundung des Grundstückskaufpreises gegen Ersatz der städtischen Zinskosten. Mit einem Vergabesystem für städtische Grundstücke wie in den Nachbargemeinden sollen Angehörige Wedeler Bürgerinnen und Bürger bevorzugt berücksichtigt werden.
7. Bei der Schaffung der Neubaugebiete sollen jetzt auch Nachhaltigkeitsgesichtspunkte berücksichtigt werden, indem der Ausgleich innerhalb der Neubaugebiete erfolgt und dort echte Grüngürtel und Wasserflächen angelegt werden. Außerdem sollen dort Einzelheizungen ausgeschlossen und eine zentrale Wärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und Erdwärmespeichern vorgesehen sowie die Holzabfälle aus der Laub- und Strauchaktion als Wärmequelle herangezogen werden.
8. Wir haben uns dafür eingesetzt, dem Elternwillen bei der Bereitstellung von weiterführenden Schulen Geltung zu verschaffen. Dazu wird im Herbst eine Elternbefragung durchgeführt, bevor die endgültige Entscheidung zur Bildung einer Regionalschule getroffen wird.
9. Bis zum Schuljahr 2010 soll dann auch die leidige Aufnahmebegrenzung auf 100 an der Gesamtschule/Gemeinschaftsschule aufgehoben. Dazu wird eine räumliche Kooperation mit der Ernst-Barlach-Schule bzw. der Theodor-Storm-Schule angestrebt.
10. Als einen wesentlichen Baustein für die Identifikation mit der Stadt wollen wir die Kinder und Jugendlichen an der Kommunalpolitik beteiligen. Dazu soll in 2009 in Zusammenarbeit mit den Wedeler Jugendeinrichtungen ein Kinder- und Jugendparlament eingerichtet werden. Die vorbereitenden Arbeiten sollen dazu diesen Herbst im Ausschuss für Jugend und Soziales beginnen. Wir hoffen auf eine breite Zustimmung.
11. Im Hinblick auf eine Verbesserung der Integration konnte erreicht werden, dass ein fester Ansprechpartner in der Stadtverwaltung geschaffen und diese Aufgabe bei der anstehenden Neubesetzung der Gleichstellungsbeauftragten berücksichtigt werden soll. Außerdem sollen zukünftig alle öffentlichen Gebäude sowohl beim Neubau als auch beim Umbau konsequent behindertengerecht hergerichtet werden.
12. Die Stadtwerke sollen als eigenständiger Energiedienstleister in städtischer Hand gesichert werden. Der Ausbau von eigener Energieerzeugung vorrangig durch erneuerbare Energien und lokale Kraft-Wärme-Kopplung soll vorangetrieben werden z. B. durch die neuen Nahwärmenetze in den Neubaugebieten. Alle in Wedel erzeugte Energie (Strom, Wärme) soll von den Stadtwerken diskriminierungsfrei angekauft werden zu angemessenen Preisen.
13. Die Entscheidung für die Investition der Stadtwerke in das Kohlekraftwerk Brunsbüttel soll erst erfolgen nach Einholung von unabhängigen Gutachten zur Nachhaltigkeit, Ressourcenverfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit über den gesamten Investitionszeitraum. Es wird keinen Blindflug wie bei der Badebucht geben.
14. Das städtische Vermögen sollen im Wert gesichert werden durch Berücksichtigung der konsequenten vorbeugenden Instandhaltung in den Haushalten. Um die freiwilligen Leistungen im bisherigen Umfang auch weiter gewähren zu können, soll das strategische Vermögen im Eigentum der Stadt werden. Außerdem ist eine rechtzeitige und umfassende Information der BürgerInnen über notwendige Ausbaubeiträge vorgesehen sowie deren zeitnahe Abrechnung.

Zu einem Vertrag gehören immer zwei Seiten und damit auch der Kompromiss.

Vieles aus unserem Wahlprogramm konnten wir durchsetzen, leider nicht, dass als weiterführende Schule nur noch die Gemeinschaftsschule angeboten wird. Die gebundene Ganztagschule war auch nicht verpflichtend für alle Schulen umsetzbar. Auch war es nicht möglich, den Umbau der Mühlenstraße zu einem Shared-Space-Projekt verbindlich zu vereinbaren und die Bahnhofstraße als Fußgängerzone zu fixieren.

Nach der Oppositionsarbeit in der letzten Wahlperiode ist ein Umdenken in der Fraktion erforderlich. Sie ist dazu bereit! Die Sitzungen müssen nicht nur in der grünen Fraktion vorbereitet sondern auch mit der CDU abgestimmt werden. Für Streitfälle ist ein detailliertes Verfahren vorgesehen, mit dem eine von beiden Partnern getragene Lösung gesucht wird. Wechselnde Mehrheiten darf es nicht geben, um glaubwürdig zu bleiben.